



Integrationsausschuss

39. Sitzung (öffentlich)

10. Dezember 2014

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:15 Uhr

Vorsitz: Arif Ünal (GRÜNE)

Protokoll: Eva-Maria Bartylla

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)

3

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

Ausschussprotokoll 16/690

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP zu.

- | | | |
|----------|--|-----------|
| 2 | Integrationsratswahlen – Analyse der Ergebnisse der Integrationsratswahlen 2014 | 6 |
| | Vorlage 16/2505 | |
| | – Diskussion | |
| | | |
| 3 | Maßnahmen zur Unterstützung der von Zuwanderung aus Südosteuropa besonders betroffenen Kommunen – Bericht der IMAG „Zuwanderung aus Südosteuropa“ | 9 |
| | Vorlage 16/2392 | |
| | | |
| 4 | Verschiedenes | 12 |

* * *

Aus der Diskussion

1 **Gesetz zur Novellierung des Gesetzes über die Zuweisung und Aufnahme ausländischer Flüchtlinge (Flüchtlingsaufnahmegesetz – FlüAG)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6689

Ausschussprotokoll 16/690

Vorsitzender Arif Ünal informiert, der Gesetzentwurf sei am 11. September vom Plenum an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Kommunalpolitik überwiesen worden. Der federführende Innenausschuss habe in seiner Sitzung am 23. Oktober Sachverständige hinzugezogen. Der federführende Ausschuss werde morgen abschließend beraten.

Im Obleutegespräch am 2. Oktober sei beschlossen worden, dass sich der Integrationsausschuss mit dem Gesetzentwurf im Wege der Selbstbefassung auseinandersetzen werde. An dem Sachverständigengespräch habe sich der Ausschuss nachrichtlich beteiligt. Einige Kollegen aus dem Integrationsausschuss hätten auch an der Anhörung teilgenommen.

Heute bestehe die letzte Möglichkeit, ein Votum an den federführenden Innenausschuss abzugeben.

Henning Rehbaum (CDU) führt aus, die Änderungen am FlüAG würden jetzt auch die Möglichkeit eröffnen, nach der Diskussion über die Vorfälle in Burbach Qualitätsvorgaben zu machen. Das sei leider nicht erfolgt. Auch das Thema „Flüchtlingssozialarbeit“ hätte man ansprechen können, wenn man sich schon mit dem Gesetz beschäftige. Das sei auch nicht erfolgt. Die CDU werde sich aus diesem Grund bei der Abstimmung enthalten. Er gehe davon aus, dass dieses Zeichen richtig verstanden werde. Die CDU unterstütze die Änderungen, aber es hätte deutlich mehr sein können.

Susanne Schneider (FDP) stimmt Herrn Rehbaum zu und ergänzt, dass die FDP-Fraktion auch enttäuscht darüber sei, dass die von der Ministerpräsidentin angekündigte Fortsetzung des Flüchtlingsgipfels bis jetzt ausgeblieben sei. Die FDP wünsche sich, dass das noch statfinde und es nicht nur bei dem Versprechen bleibe. Die FDP-Fraktion werde sich ebenfalls bei der Abstimmung enthalten. Denn hier wäre mehr drin gewesen.

Simone Brand (PIRATEN) erläutert das Abstimmungsverhalten ihrer Fraktion: Die Piraten begrüßten die Änderungen. Die meisten Sachverständigen – das habe man ja auch in der Anhörung gehört – begrüßten die Änderungen ebenfalls. Aber auch

den Piraten gehe das nicht weit genug. Bei der Verteilung der Gelder gerade an die Kommunen fehle den Piraten die konkrete Zweckbindung hinsichtlich der Setzung von Mindeststandards oder einer gesamten Neukonzeption. Deshalb werde ihre Fraktion den Gesetzentwurf ablehnen.

Ibrahim Yetim (SPD) legt dar, die SPD stimme dem Gesetzentwurf natürlich zu. Die Pauschalen würden erhöht. Endlich würden die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge bei den Kommunen mitgezählt. Das sei ein guter Schritt.

Was das mit dem Flüchtlingsgipfel zu tun habe, habe sich ihm noch nicht erschlossen. Er sei sich sicher, dass die Ministerpräsidentin den Weg weitergehen werde, den sie bisher gegangen sei, sodass es für die Flüchtlinge in Nordrhein-Westfalen zu einer guten Situation kommen werde.

Das Gesetz bringe ja an einigen Stellen Verbesserungen, stellt **Jutta Velte (GRÜNE)** fest. Deshalb würden die Grünen zustimmen.

Zukünftig werde es natürlich in verstärktem Maße darauf ankommen, wie weit man die Kommunen auch logistisch unterstützen könne. Beim Flüchtlingsgipfel seien ja auch Mittel für die Kommunen verabredet worden.

Aus der kommunalen Praxis heraus glaube sie nicht, dass man dem Vorschlag der Piraten folgen könne, die Verteilung an bestimmte Kriterien zu binden. Denn viele Kommunen bekämen das ja so schon kaum hin.

Sie meine aber, dass bei den Kommunen verstärkt geworben werden müsse. Denn Ergebnis der Anhörung sei ja auch, dass eine große Zahl der Kommunen schon sehr humanitär handle, dass es aber auch schwarze Schafe gebe. Sie meine, dass man schwarzen Schafen nicht alleine durch Leitlinien oder gesetzliche Maßnahmen begegnen könne, sondern dass man da auch die kommunalen Akteurinnen und Akteure vor Ort noch einmal stärken müsse. Nichts anderes sei auch mit den Mitteln des Flüchtlingsgipfels vorgesehen als die Stärkung der Kommunen bei der Bewältigung der Aufgaben und auch bei der Selbstverbesserung.

Simone Brand (PIRATEN) findet die Aussage falsch, dass manche Kommunen es nicht hinkriegten und die Flüchtlinge dort deshalb weiter in Dreck und Elend untergebracht werden könnten.

(Jutta Velte [GRÜNE]: Das habe ich nicht gesagt!)

Denn es gebe Kommunen, in denen immer noch das Prinzip der Abschreckung dominiere. Dazu gehörten zum Beispiel Soest, Borken und Oberhausen. Wenn man Standards setze, dann würden auch diese Kommunen gezwungen, an der Situation etwas zu ändern und nicht darauf zu setzen, dass keiner dorthin wolle. Solche Kommunen hätten die Flüchtlinge ja schon in Containern untergebracht, als es diese massiven Flüchtlingsströme noch gar nicht gegeben habe. Dagegen müsse vorgegangen werden. Deshalb brauche man Mindeststandards.

Jutta Velte (GRÜNE) entgegnet, das Thema „Mindeststandards“ habe man ja auch schon in der letzten Runde behandelt. Sie habe nicht gesagt, dass das in Ordnung sei, wenn die Kommunen so handelten.

Sie meine vielmehr, dass auch die Zivilgesellschaft – auch die politische Zivilgesellschaft in den Kommunen, die ja hier über die Parteien auch vertreten sei – vor Ort entsprechenden Druck aufbauen müsse, damit die Kommunen ordentlich agierten. Sie würde auch die Änderungen des FlüAG unter Einbeziehung der Mittel aus dem Flüchtlingsgipfel noch ein Stück weit als Paradigmenwechsel betrachten. Wenn die politischen Strukturen vor Ort da keinen Druck aufbauten, lasse sich auch mit Geld und guten Worten nichts ändern. Alle, die jetzt hier säßen und Forderungen aufstellten, müssten natürlich auch in der Kommune dafür sorgen, dass das, was sie hier forderten, auch kommunal umgesetzt werde. Die Mittel seien ja vorhanden.

Bernhard von Grünberg (SPD) stimmt Frau Velte zu, dass die Kommunen selbst aufgefordert seien, Dinge umzusetzen. Das Land könne nicht alles genau regeln. Denn sonst ergebe sich sofort die Diskussion, was das Land denn dann noch über das Bisherige hinaus dafür zahle. Deswegen sei auch die Unterbringung eine Selbstverwaltungsaufgabe.

Er erinnere daran, dass es dafür natürlich alle möglichen Vorschriften gebe. Nach seiner Interpretation gelte zum Beispiel das Wohnungsaufsichtsgesetz auch für Kommunen. Es gebe Standards.

Der **Ausschuss** stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung mit den Stimmen von SPD und Grünen gegen die Stimmen der Piratenfraktion bei Enthaltung der Fraktionen von CDU und FDP zu.

